

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Frauenpolitik

Nr. 357/10 vom 08. Oktober 2010

Katja Rathje-Hoffmann TOP 17: Wir brauchen keinen Zwang zu einer "Workplace Policy"

Es gilt das gesprochene Wort
Sperrfrist Redebeginn

Wir alle, hier im schleswig-holsteinischen Landtag, sollen uns für die Notwendigkeit einer Unterstützung und Verbreitung einer „Workplace Policy“ in Unternehmen und Verbänden aussprechen, so steht es in dem uns vorliegenden Antrag. Schleswig-holsteinische Unternehmen, Verbände und auch öffentliche Verwaltungen sollen sich gegen häusliche Gewalt positionieren und Ansprechpartner oder auch Ansprechstellen benennen, oder gar neu einrichten.

Um das ganze, gemäß eines ordentlichen Verwaltungsaktes zu organisieren, möchten die Antragstellerinnen und Antragssteller eine Stelle im zuständigen Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration einrichten, die für die Verbreitung und Akzeptanz zuständig ist. Bekannt ist, dass die weltweit tätige Organisation für Frauenrechte „TERRE DES FEMMES“ Firmen, Organisationen und Verbände ermuntert, freiwillig eine „Workplace Policy“ gegen häusliche Gewalt einzurichten.

Zahlreiche namenhafte Firmen beteiligen sich freiwillig an dieser gesellschaftlichen Maßnahme, die ihren Ursprung im angelsächsischen Raum hat.

Bekannt ist, dass jede vierte Frau im Alter von 18 – 65 Jahren mindestens einmal im Leben körperliche und/oder sexuelle Übergriffe durch den Beziehungspartner erleidet. Dieses hat für die betroffene Frau sehr häufig schwerwiegende und negative Folgen an Leib und Seele. Ähnlich negativ sind die Auswirkungen häuslicher Gewalt auf das soziale Umfeld und den Arbeitsalltag der betroffenen Frauen. Häusliche Gewalt kostet Gesellschaft und Unternehmen viel Geld. Betroffen sind Justiz, Polizei, Gesundheitswesen und Arbeitgeber.

Dieses alles ist bekannt – und wir alle verurteilen häusliche Gewalt gegen Frauen.

Nun begründen die Kolleginnen und Kollegen der Fraktion „Die Linke“ die Einführung und Betreuung einer „Workplace Policy“ damit, dass es einen großen Bedarf an Aufklärung in Unternehmen, Behörden und Verbänden gibt, sich gegen häusliche Gewalt und sich für die betroffenen Frauen einzusetzen. Weiter heißt es in der Antragsbegründung, dass ihnen keine Unternehmen bekannt seien, die sich gegen häusliche Gewalt und für die Betroffenen einsetzen. Nun – an dieser Stelle irren sie gewaltig!

Wegen des begrenzten Zeitrahmens möchte ich mich nur auf die Nennung einiger Unterstützungsnetzwerke und Maßnahmen beschränken. Um den 25. November, dem „Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen“ gibt es zahlreiche und vielfältige Aktionen im Land. Besonders erwähnenswert ist hier das Engagement der lokalen Netzwerke gegen Gewalt an Frauen, den Gleichstellungsbeauftragten, dem Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration und dem Landesinnungsverband des Bäckerhandwerkes in Schleswig-Holstein. Rund um dieses Datum im November beteiligen sich freiwillig und mit viel Herzblut rund 80 Innungsbäckereien mit ihren 400 Filialen an der Initiative gegen häusliche Gewalt.

Mit großem persönlichem und finanziellem Einsatz, zusammen mit weiteren Akteuren aus den jeweiligen lokalen Netzwerken, organisieren sie Aktionen gegen häusliche Gewalt an Frauen.

Seit fast 10 Jahren gibt es in Schleswig-Holstein zahlreiche Aktionen in den Bäckereien und den angeschlossenen Filialen unter dem Motto „Gewalt kommt nicht in die Tüte“. Jährlich sind es an die 400.000 Brötchentüten, die mit dem besonderen Hinweis gegen häusliche Gewalt an die Kundschaft ausgegeben werden. Diese Aktion zieht Jahr für Jahr weitere Kreise. So beteiligen sich nunmehr auch Obst- und Gemüseläden, Berufsschulen, Kinobetreiber, Supermarktketten, Lokalpolitik und viele andere an dieser Aktion oder ähnlich weiteren Aktivitäten gegen häusliche Gewalt.

Dieses geschieht auf völlig freiwilliger Basis, aus der gesellschaftlichen Vernunft und Verantwortung heraus - durch Unternehmen, Verbände und

öffentliche Verwaltung.

Wir bedanken uns für dieses freiwillige gesellschaftliche Engagement und betonen hierbei, dass es auch freiwillig bleiben soll und wir keinen Zwang zu einer „Workplace Policy“ brauchen, um uns wirkungsvoll gegen häusliche Gewalt zu positionieren.